Stand: 05.11.2025 02:01:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18487

"Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/18487 vom 12.10.2017
- 2. Plenarprotokoll Nr. 112 vom 12.10.2017
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/20343 des SO vom 24.01.2018
- 4. Beschluss des Plenums 17/20675 vom 07.02.2018
- 5. Plenarprotokoll Nr. 123 vom 07.02.2018



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

12.10.2017 Drucksache 17/18487

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Margarete Bause, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Christine Kamm, Ulrich Leiner und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, mit einem umfassenden Maßnahmenpaket für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sorgen und auf den verschiedenen politischen Ebenen die notwendigen Initiativen zu starten.

Dabei sind die Erkenntnisse und die Empfehlungen aus dem Fachgespräch "Vereinbarkeit von Familie und Beruf" des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration zu berücksichtigen.

Zu einem solchen Maßnahmenpaket gehören insbesondere die folgenden Initiativen auf Bundes- und Landesebene:

- der weitere Ausbau qualitativ hochwertiger und zeitlich flexibler Kinderbetreuungsangebote;
- ein spezielles Förderprogramm des Freistaats für Kitas mit längeren Öffnungszeiten, analog zum Bundesprogramm "KitaPlus";
- die F\u00f6rderung von flexiblen familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen in Kooperation mit den Kammern und Wirtschaftsverb\u00e4nden;
- ein gesetzlich abgesicherter Anspruch auf befristete Teilzeit und ein Recht auf Rückkehr von einer befristeten Teilzeitbeschäftigung in eine Vollzeitbeschäftigung;
- der weitere Ausbau von Kurzzeitpflege- und Tagespflegeangeboten zur Entlastung pflegender Angehöriger;
- ein deutlicher Ausbau der Angebote zur Teilzeitausbildung im öffentlichen Dienst und in der privaten Wirtschaft sowie eine langfristig gesicherte Förderung für Anlauf- und Beratungsstellen im Bereich Teilzeitausbildung;
- der Anspruch auf Bildungsurlaub durch ein Bildungsfreistellungsgesetz;

- die Abschaffung des Landesbetreuungsgeldes;
- die Überführung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse;
- die Abschaffung der steuerlichen Begünstigung der "Zuverdiener-Ehe" in Form des Ehegattensplittings und die Einführung einer sozial gerechten Individualbesteuerung;
- die Einführung einer armutsfesten Kindergrundsicherung;
- die Gleichstellung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten bei der Rentenanrechnung.

Begründung:

Frauen leisten immer noch einen großen Teil der unbezahlten Fürsorge- und Hausarbeit. Dies betrifft sowohl die Kindererziehung als auch die Pflege von Angehörigen. Oft führt diese Sorgearbeit zu einer Reduzierung oder völligen Aufgabe der eigenen Erwerbstätigkeit. Wir setzen uns für eine partnerschaftliche Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit ein, in der alle Menschen unabhängig vom Geschlecht gleichermaßen für beide Bereiche Verantwortung übernehmen. Hierfür brauchen wir dringend bessere Rahmenbedingungen für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Familienpolitik in Bayern und im Bund ist immer noch zu sehr auf das überholte Modell der "Zuverdiener-Ehe" mit dem Mann als Hauptverdiener ausgerichtet. Die steuerliche Begünstigung des männlichen Familienernährermodells erschwert eine partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit. Das gleichstellungs-, bildungs- und arbeitsmarktpolitisch unsinnige Landesbetreuungsgeld verstärkt diesen Trend. Wir brauchen deshalb insbesondere in Bayern einen Paradigmenwechsel in der Familienund Vereinbarkeitspolitik.

Die wichtigste Voraussetzung für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind qualitativ hochwertige und zeitlich flexible Kinderbetreuungsangebote. Dies betrifft auch Betreuungsangebote zu sogenannten Randzeiten, während der Schulferien und an Wochenenden. Die für das Betreuungsgeld verwendeten Mittel wollen wir deshalb in den quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung investieren. Zur Entlastung pflegender Angehöriger müssen außerdem die Angebote zur Kurzzeit- und Tagespflege dringend weiter ausgebaut werden.

Von einer familienfreundlichen Arbeitswelt sind wir in Bayern noch weit entfernt. Wir brauchen mehr familienfreundliche Arbeitszeitmodelle in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Dienst. Bei einer vorübergehenden Teilzeitbeschäftigung aufgrund von Sorgearbeit muss es einen gesetzlichen Anspruch auf Rückkehr in eine Vollzeitbeschäftigung geben. Mini-

jobs müssen verstärkt in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführt werden. Wir brauchen mehr Teilzeitausbildungsplätze und einen Ausbau der Anlauf- und Beratungsstellen in diesem Bereich. Außerdem wollen wir einen gesetzlichen Anspruch auf Bildungsurlaub einführen.

Meine Damen und Herren, ich schließe die namentliche Abstimmung und bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

Unruhe – Glocke des Präsidenten

Während das Ergebnis ermittelt wird, gebe ich die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen von vorhin bekannt. Beim Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Steinberger und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Rückstände von Fipronil in Lebensmitteln offenlegen", Drucksache 17/18465, haben mit Ja 62 gestimmt. Mit Nein haben 77 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Beim nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, von Brunn, Adelt und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Verbraucherschutz ernst nehmen und Transparenz herstellen: Kontrollen auf Fipronil in bayerischen Legehennenbetrieben und bei verarbeiteten Produkten aus Bayern", Drucksache 17/18483, haben mit Ja 62 gestimmt. Mit Nein haben 76 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/18467 mit 17/18472 sowie 17/18486 mit 17/18491 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 8 auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Bio in Schulen: Bio-Anteil in allen bayerischen Schulen mindestens 20 Prozent bis 2020 und mindestens 50 Prozent bis 2025 (Drs. 17/16349)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Verteilung darf ich als bekannt voraussetzen. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Sengl. – Bitte schön, Sie haben das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mehr Bio in Bayerns Schulen. Nach dem Ernährungsreport 2017 wünschen sich 90 % der Deutschen verbindliche Essensstandards in Kitas und Schulen. Beim Modellprojekt Schulfrühstück

entschieden sich 43 % der Schulen in Bayern für Bio-Produkte.

Jetzt folgt ein Zitat:

Gutes Essen in der Schule trägt nicht nur zum Erhalt der Leistungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen bei. Es prägt die Esskultur, die Wertschätzung für Lebensmittel und das Ernährungsverhalten. ...

Gerade angesichts der Besorgnis erregenden Zahl ernährungsbedingter Fehlentwicklungen bei Kindern und Jugendlichen kommt der Schule in diesem Bereich eine besondere Vorbildfunktion zu.

Woher stammt das Zitat? – Es könnte von uns sein. Das Zitat stammt aus der Broschüre "Mit gutem Essen Schule machen". Das ist eine wunderbare Hochglanzbroschüre aus dem Hause Brunner. Wenn diese schönen Worte ernst gemeint wären, dann würden wir an den Schulen eine andere Situation vorfinden; dann gäbe es mehr als nur lauwarme Empfehlungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Broschüre spricht uns wirklich aus dem Herzen.

Jetzt folgen noch weitere Zitate:

Von einer nachhaltigen Landwirtschaft profitieren alle: Klima, Böden, Gewässer, Pflanzen, Tiere und Menschen. Nachhaltige Verpflegung stärkt die heimische Ernährungs- und Landwirtschaft. Sie schließt die Aspekte regional, saisonal, ökologisch, Fairtrade und Tierwohl ein. ...

Bio-Produkte gehören dazu.

Bio-Zertifizierung und Bio-Siegel stehen für nachweislich ökologische Pflanzen- und Tierproduktion. Sie garantieren, dass der europäische Mindeststandard für ökologische Produktion erfüllt ist oder sogar übertroffen wird. In jede Schulküche gehören auch Bio-Lebensmittel, idealerweise aus der Region.

Unser Ansatz ist aber noch viel wichtiger. Empfehlungen und warme Worte allein genügen nicht. Auch Modellversuche reichen nicht aus. Wir als Gesetzgeber sind gefragt, um eine gesunde Ernährung der Kinder und Jugendlichen zu unterstützen. Mitglieder der CSU-Fraktion, hört einmal gut zu, das mag neu für euch sein: Man braucht auch klar definierte Ziele. Deshalb gibt es unseren Antrag. Wir schlagen darin vier Maßnahmen vor:



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/20343 24.01.2018

Beschlussempfehlung und **Bericht**

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, **Familie und Integration**

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/18487

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Kerstin Celina Berichterstatterin: Mitberichterstatter: Joachim Unterlän-

der

II. Bericht:

- 1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 75. Sitzung am 30. November 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Enthaltung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 67. Sitzung am 23. Januar 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Enthaltung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 178. Sitzung am 24. Januar 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

07.02.2018 Drucksache 17/20675

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Magarete Bause, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Christine Kamm, Ulrich Leiner und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/18487, 17/20343

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Dann rufe ich auf den Tagesordnungspunkt 2 mit Ausnahme der gerade eben genannten Nummer 13 der Anlage, über die erst zu einem späteren Zeitpunkt nach Ablauf der 15 Minuten Wartezeit abzustimmen ist.

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien hat bei der Listennummer 13, Antrag auf Drucksache 17/18357, die Ablehnung empfohlen. Das wollte ich Ihnen nur noch kurz mitteilen, bevor wir zu dieser Abstimmung kommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht anwesend. Dann hat sich das erübrigt. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(A)

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

- Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 23. November 2017 (Vf. 16-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 - des Art. 2 Nr. 2 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBI. S. 277, 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch § 8 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBI. S. 362) geändert worden ist,
 - des Art. 2 Nr. 2 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2006 (GVBI. S. 834, BayRS 2021-1/2-I), das zuletzt durch § 10 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBI. S. 362) geändert worden ist PII/G1310.17-0015 Drs. 17/20543 (G)
 - I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
 - II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
 - III.Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A	A

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Januar 2018 (Vf. 21-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der § 1 Nr. 1 und § 2 der Verordnung der Stadt Passau über die Sperrung der Marienbrücke an Silvester vom 27. November 2017 (Amtsblatt der Stadt Passau Nr. 33 S. 250) PII/G1310.17-0017

Drs. 17/20546 (E)

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 3. Januar 2018 (Vf. 1-VII-18) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 14 Abs. 9a des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags vom 15. Dezember 2010 (GVBI. 2011 S. 258, 404; 2012 S. 18, BayRS 2251-17-S), der zuletzt durch Art. 4 des Neunzehnten Staatsvertrags zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge vom 3. Dezember 2015 (GVBI. 2016 S. 52) geändert worden ist PII/G1310.18-0001 Drs. 17/20542 (E)

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.

III.Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

- Schreiben des Bundesverfassungsgerichts Zweiter Senat vom 30. November 2017 (2 BvR 1866/17) betreffend Verfassungsbeschwerde
 - 1. unmittelbar gegen
 - a) den Beschluss des Oberlandesgerichts Nürnberg vom 26. Juli 2017
 1 Ws 280/17 –.
 - b) den Beschluss des Landgerichts Nürnberg-Fürth vom 7. Juni 2017
 5 Ks 102 Js 1478/15 –,
 - c) den Beschluss des Landgerichts Nürnberg-Fürth vom 16. März 2017
 5 Ks 102 Js 1478/15 –
 - mittelbar gegen Art. 6 Abs. 3, 4, 5 und 6 des Gesetzes über den Vollzug der Maßregeln der Besserung und Sicherung sowie der einstweiligen Unterbringung – BayMRVG –

PII/G1320.17-0002

Drs. 17/20545 (G)

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
- II. Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet.

III.Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			A

 Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 20. Dezember 2017 (1 BvR 1187/17) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen die §§ 3, 4, 6, 11 und 12 des Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Windparks in Mecklenburg-Vorpommern (Bürgerund Gemeindebeteiligungsgesetz – BüGembeteilG M-V) vom 18. Mai 2016 (GVOB. 2 M-V S. 258)

PII/G1320.17-0003 Drs. 17/20547 (E)

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		团	Z

Anträge

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Faire Unterkunftsgebühren für Asylbewerberinnen und Asylbewerber Drs. 17/17272, 17/20336 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Mehr Investitionen in die frühkindliche Bildung II – Förderprogramm für Kitas mit längeren Öffnungszeiten fortsetzen Drs. 17/17308, 17/20337 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Kita-Leitungen entlasten – Mehr Zeit für eine professionelle Führung und Leitung Drs. 17/17309, 17/20338 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

9.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
	Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Mehr Investitionen in die frühkindliche Bildung I – Zweckentfremdung der
	Bundesmittel nach dem Wegfall des Betreuungsgelds beenden!
	Drs. 17/17310, 17/20339 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Judith Gerlach, Joachim Unterländer, Prof. Dr. Gerhard Waschler u. a. CSU Kriseninterventionsmaßnahmen in Kindertageseinrichtungen Drs. 17/17661, 17/20340 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Teilzeitausbildung endlich voranbringen I Ausbau der Teilzeitberufsausbildung im öffentlichen Dienst in Bayern Drs. 17/17768, 17/20418 (A)

Antrag der SPD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	团	ENTH	Z

12. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Dr. Franz Rieger, Karl Freller u. a. CSU

Kein gemeinsamer Euro-Haushalt mit einem europäischen Finanzminister! Drs. 17/17863, 17/20461 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. SPD Sonderprogramm Premiumoffensive Tourismus für kleine Betriebe ab 5 Betten öffnen Drs. 17/18357, 17/20455 (A)

über den Antrag wird gesondert abgestimmt

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u. a. SPD
 Zuschlag bei Lebensarbeitszeitverlängerung bei der Bayerischen Polizei Drs. 17/18365, 17/20419 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD "Platooning für Forschungsoffensive" Drs. 17/18444, 17/20456 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	ENTH

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u. a. und Fraktion (SPD)

Für eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern:
Empfehlungen der Sachverständigen ernst nehmen!

Drs. 17/18467, 17/20341 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. und Fraktion (SPD) Weiterbildungsprogramm Digitalisierung Drs. 17/18474, 17/20457 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Zukunft unserer Kinder sichern – Familienpolitische Weichen richtig stellen!
 Drs. 17/18486, 17/20342 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern Drs. 17/18487, 17/20343 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Verlässliche Informationssysteme über Autobahn-Bauvorhaben etablieren Drs. 17/18494, 17/20458 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Virtuelles Experimentieren im MINT-Unterricht stärken Drs. 17/18496, 17/20374 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD Beste Qualität für die Jüngsten III – Geregelte Leitungsfreistellung in Kindertageseinrichtungen gesetzlich verankern Drs. 17/18552, 17/20344 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Ingrid Heckner, Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU Für eine familiengerechte Arbeitswelt in Bayern Drs. 17/18580, 17/20345 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	ENTH	ENTH

24. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Berufsorientierte Bildung stärken: Anerkennungsmöglichkeiten für freiwillige Schülerpraktika schaffen und Bildungsregionen beim Aufbau von Praktikumsdatenbanken unterstützen Drs. 17/18591, 17/20375 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		Α

25.	Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. SPD Kohäsions- und Förderungspolitik der EU ab 2020 hier: Bayern – Sachsen / Thüringen – Böhmen Drs. 17/18683, 17/20459 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
26.	Antrag der Abgeordnet Prof. Dr. Michael Piazo Staatliche Bildungsvera Kommunen endlich bei Drs. 17/18713, 17/203	olo u. a. und Fraktion (l antwortung ernst nehn i der Finanzierung städ	FREIE WÄHLER) nen –	sten!	
	Votum des federführen Bildung und Kultus	nden Ausschusses für			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
27.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Wohnraumkapazitäten und Beratungsangebote für Studierende ausbauen – einen gemeinsamen Hochschulsozialpakt voranbringen Drs. 17/18735, 17/20485 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
28.	Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU Ausreichende Finanzierung für palliativmedizinische Konsildienste gewährleisten Drs. 17/18816, 17/20371 (E)				
	Votum des federführen Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Steuervermeidung durch Share Deals bei der Grunderwerbsteuer unterbinden
Drs. 17/18867, 17/20499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u. a. und Fraktion (SPD) Integration braucht Verlässlichkeit: Geplante Beratungs- und Integrationsrichtlinie (BIR) dringend nachbessern! Drs. 17/18868, 17/20346 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)
Die Agrarindustrie bei der Verteilung von EU-Zahlungen nicht länger bevorzugen!
Drs. 17/18871, 17/20409 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Zeitnahes Monitoring der Energiesituation in Bayern Drs. 17/18890, 17/20460 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

Anlage 1
zur 123. Vollsitzung am 7. Februar 2018

33.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Für ein lernfreundliches Klima an Bayerns Grundschulen – Zusatzpersonal für Klassen mit Kindern mit Lern- und Verhaltensauffälligkeiten Drs. 17/18892, 17/20377 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
34.	Antrag der Abgeordnet Dr. Karl Vetter u. a. un Verpflichtendes Endop Drs. 17/18893, 17/203	d Fraktion (FREIE WÄ rothesenregister – Pat	HLER)		
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
35.	Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u. a. SPD Auswertung von Datenträgern durch Private im Rahmen von Ermittlungsverfahren Drs. 17/19008, 17/20383 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
36.	Antrag der Abgeordner Kerstin Celina u. a. und Gleiche Regeln für alle Drs. 17/19080, 17/204	d Fraktion (BÜNDNIS : - auch beim Blutsper	90/DIE GRÜNEN)		
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A	Z	

37.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht über die Belastung von Blutproben mit perfluorierten Kohlenwasserstoffen im Landkreis Altötting Drs. 17/19083, 17/20379 (E)			
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z		Z
38.	Antrag der Abgeordne Prof. Dr. Michael Piaze Berufsorientierung stä Schularten fest etablie Drs. 17/19099, 17/203	olo u. a. und Fraktion (rken: Betriebspraktiku ren!	(FREIE WÄHLER)	nden
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	Z	ENTH
39.	Antrag der Abgeordne Benno Zierer u. a. und Perfluorierte Tenside i Drs. 17/19202, 17/203	l Fraktion (FREIE WÄl n Blutplasmaproben		
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
40.	Antrag der Abgeordne Klaus Adelt u. a. SPD Giftige Chemie in Trinl Wie werden die Menso Drs. 17/19216, 17/203	kwasser und Blut: chen im Landkreis Altö		ormiert?
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z	Z

Anlage 1
zur 123. Vollsitzung am 7. Februar 2018

41.	Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Ruth Müller, Kathi Petersen u. a. SPI Im Alter länger zuhause leben – kein Verschiebebahnhof in der geriatrischen Reha! Drs. 17/19230, 17/20452 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
42.	Dringlichkeitsantrag de Gudrun Brendel-Fische Nebenerwerbsbetriebe Drs. 17/19243, 17/204	er, Angelika Schorer u e in Bayern weiterhin fo	. a. und Fraktion (CSL))	
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
43.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD) Den Zu- und Nebenerwerb bei der Gemeinsamen Agrarpolitik nicht im Stich lassen Drs. 17/19262, 17/20411 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
44.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Zu- und Nebenerwerb erhalten Drs. 17/19263, 17/20410 (A)				
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	

Anlage 1
zur 123. Vollsitzung am 7. Februar 2018

45.	Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg u. a. CSU Weitere Verbesserung der geriatrischen Versorgung in Bayern Drs. 17/19278, 17/20454 (E)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
46.	Antrag der Abgeordne Brexit-Beauftragten für Drs. 17/19297, 17/204	Bayern ernennen!	Annette Karl, Inge Aure	es u.a. SPD
	Votum des federführer Bundes- und Europaai		regionale Beziehunger	1
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	A
47.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Finanzierung der Blutuntersuchungen im Landkreis Altötting sicherstellen! Drs. 17/19754, 17/20305			
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege			
	der empfiehlt, den Ar	ntrag für erledigt zu e	erklären	
48.	Dringlichkeitsantrag de Ruth Waldmann u. a. u Bericht über die finanz Drs. 17/18901, 17/203	und Fraktion (SPD) ielle Situation der Kind	us Rinderspacher, Katl derhospizteams in Baye	
	Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z		Z
		J		u